

JUGENDSTRAFVOLLZUG

„Gigantische Verschwendung“



Der Greifswalder Kriminologieprofessor Frieder Dünkel, 57, über die Gesetzesentwürfe der Bundesländer für den Jugendstrafvollzug

SPIEGEL: Herr Dünkel, haben die Bundesländer aus dem schrecklichen Ereignis in Siegburg gelernt? Im November vergangenen Jahres war dort ein 20-Jähriger von seinen Zellengenossen nachts zu Tode gefoltert worden.

Dünkel: Großteils ja. In den meisten Entwürfen steht jetzt eine strikte Anweisung, dass Jugendliche nachts einzeln unterzubringen sind. Das wird für manche Bundesländer zwar teuer, da sie ihre Gefängnisse erweitern müssen, ist aber notwendig. Es gibt indes zwei Regierungen, die diese Passage nur als Soll-Vorschrift formuliert haben, so dass Gefängnisleitungen sie unterlaufen können. Das sind Bayern und Hamburg. Diese Länder erfüllen die Forderung des Bundesverfassungsgerichts, Jugendliche vor Übergriffen zu schützen, leider nur eingeschränkt.

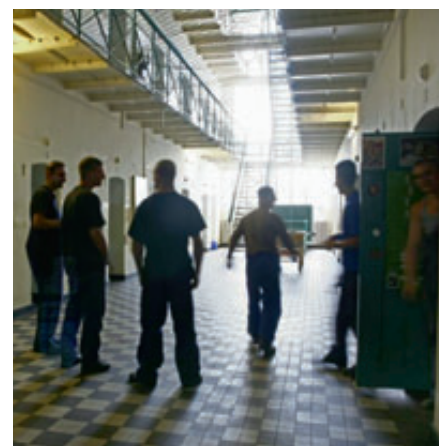
SPIEGEL: Erst seit der Föderalismusreform liegt die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug bei den Ländern. Die Reformbefürworter argumentierten, dass Wettbewerb auch in diesem Bereich bessere Ergebnisse schafft. Hat sich diese Hoffnung erfüllt?

Dünkel: Nein. Die Länder, die schon immer eine restriktive Sicherheitspolitik verfolgten, schreiben sie jetzt in ihre Gesetze hinein. Wer schon heute kaum Hafturlaube gewährt, wird das auch weiterhin nicht tun. Wie soll aber ein

Gefangener lernen, sich wieder frei zu bewegen, wenn er vor seiner Entlassung das Gefängnis nie verlassen darf? Es kann überdies nicht richtig sein, dass Häftlinge im Hinblick auf die Entlassungsvorbereitung in einigen Bundesländern extrem unterschiedlich behandelt werden.

SPIEGEL: Hatte die Föderalismusreform in diesem Punkt irgend einen Sinn?

Dünkel: Nein, und deswegen ist diese Reform für mich eine Farce. Da haben 16 Bundesländer einen teuren Gesetzgebungsapparat in Gang gesetzt, schrei-



Jugendliche im Gefängnis

ben Gesetze, mit denen sich jetzt 16 Länderparlamente beschäftigen, die für 16 Anhörungen Experten und Verbände bemühen. Das Ergebnis ist schon jetzt ernüchternd. Mehr als 95 Prozent der Vorschriften stimmen inhaltlich überein, obwohl sie zum Teil unterschiedlich – und gelegentlich in schlechter Gesetzesprache – formuliert sind. Das ist eine gigantische Verschwendung von Steuergeldern und sonst nichts.

BUNDESTAG

Interessante Anzeigen

Eine ungewöhnliche Form der Werbung bei Bundestagsabgeordneten praktiziert die europäische Rüstungsindustrie. Im „Rheingau-Taunus Monatsanzeiger“, einer vom CDU-Haushaltsexperten Klaus-Peter Willsch herausgegebenen Regional-Postille, schalten Rüstungsfirmen wie EADS, MBDA und der Eurofighter-Triebwerkshersteller Eurojet regelmäßig farbige Anzeigen. „Interessant“ für die Konzerne sind laut

Willsch indes nicht die 90 000 Haushalte, an die das Blättchen kostenlos verteilt wird, sondern die Leser im Bundestag – die Abgeordneten. Willsch: „Wir legen den Anzeiger in die Fächer. Die Kollegen gucken gern in das Blatt.“ Hauptadressat der Anzeigenkunden dürfte Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) sein. Er ist einer der wichtigsten Auftraggeber der Inserenten und stammt aus dem gleichen Wahlkreis wie Blattmacher Willsch. Jung war 2000 im Zusammenhang mit der CDU-Parteiendendaftäre als Chef der hessischen Staatskanzlei zurückgetreten.